

Taner Akçam

**Ein Blick auf die Geschichte: Völkermordleugnung
und das türkische nationale Sicherheitskonzept**

Im Jahr 2009 beschlagnahmte die türkische Polizei einige Dokumente in einer Razzia gegen die ultra-nationalistische, undurchsichtige Terrororganisation Ergenekon, die vor allem aus Armee- und Polizeioffizieren und Bürokraten besteht. Unter diesen Dokumenten befand sich eine Akte mit Namen und Fotos von fünf Menschen, die ermordet werden sollten. Mein Name war auch darunter. Zwei andere Namen lauteten Orhan Pamuk, der Gewinner des Nobelpreises, und Hrant Dink, der armenische Journalist, der, wie Sie vielleicht wissen, im Januar 2007 ermordet wurde. Die Akte trug übrigens die Überschrift „Verräter an der nationalen Sicherheit“. All diese Personen waren bekannt für ihre freimütigen Äußerungen über den Völkermord an den Armeniern und dafür, dass sie die türkische Regierung aufforderten, diese historische Realität anzuerkennen. Man kann daher vermuten, dass die freie Rede über den Völkermord an den Armenier von gewissen Gruppen als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet wird.

Es liegt nahe zu fragen, warum. Doch bevor ich diese Frage beantworte, muss ich hinzufügen, dass diese Auffassung nicht nur von der politischen Elite oder einer ultra-nationalistischen Terrororganisation vertreten wird. Auch juristische Entscheidungen sind davon beeinflusst.

In einem Urteil von 2007 gegen zwei türkisch-armenische Journalisten, Arat Dink, Sohn des ermordeten Journalisten Hrant Dink, und Sarkis Seropyan, die für den Gebrauch des Begriffs „Völkermord“ vorläufig suspendierte Urteile von einem Jahr Gefängnis erhielten, erklärte das türkische Gericht, dass „es die nationale Sicherheit und das nationale Interesse ungünstig beeinflusse, wenn man sowohl in der Türkei als auch in anderen Ländern von Völkermord spricht. Die Behauptung des Völkermords ... ist Teil und Mittel gewisser Strategien geworden, die geographischen Grenzen der Türkei zu verändern ... und einer Kampagne, die physische und gesetzliche Struktur unseres Landes zu zerstören.“ Das Gericht entschied fernerhin, dass die Republik der Türkei sich unter „einer feindlichen diplomatischen Belagerung befinde, die aus Völkermordbeschlüssen besteht ... Die Anerkennung dieser Behauptung kann in künftigen Jahrhunderten dazu führen, die Herrschaftsrechte der Republik Türkei über die Länder in Frage zu stellen, in denen diese Ereignisse angeblich stattgefunden haben sollen.“ Aufgrund dieser nationalen Sicherheitsbelange erklärte das Gericht, dass es keine geschützte Rede sei, vom Völkermord von 1915 zu reden. Ich zitiere: „Der Gebrauch dieser Freiheiten kann beschränkt werden, wenn es um den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit geht“.¹

¹ Gerichtsbeschluss, 2. Strafgericht der ersten Instanz für den Landkreis Şişli, Aktenzeichen 2006/1208, Beschluss-Nummer: 2007/1106, Anklage Nummer: 2006/8617

Die Situation in den Vereinigten Staaten ist nicht grundsätzlich anders:

Obwohl der 24. April durch eine einstimmige Erklärung des Kongresses am 9. September 1975 zum „nationalen Gedenktag“ für den Völkermord an den Armeniern erklärt und der Präsident der Vereinigten Staaten bevollmächtigt und aufgefordert wurde, eine Proklamation herauszugeben, hat seitdem KEINER der amerikanischen Präsidenten, außer Reagan 1981, den Begriff Völkermord benutzt. Der Hauptgrund für diese Haltung ist das „nationale Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten im Nahen Osten“.

Im Laufe der Jahre lehnte es der amerikanische Kongress mit dem gleichen Argument ab, irgendeine Resolution der Anerkennung des Völkermords an den Armeniern zu akzeptieren. Sowohl die Präsidenten als auch die Gegner der Resolution argumentieren ähnlich wie das oben erwähnte türkische Gericht. In der Tat mag es so scheinen, dass der Gebrauch des Begriffs Völkermord „die nationale Sicherheit und das nationale Interesse“ der Türkei und der Vereinigten Staaten ungünstig beeinflusst. Ich nehme an, dass die Situation hier in Deutschland auch nicht viel anders ist ...

Wir begegnen hier zwei Gruppen von Argumenten, die gegeneinander ausgespielt werden: „nationale Sicherheit“ und Moral. Ihre Vertreter nennt man „*Realisten*“ und „*moralische Fundamentalisten*“. Die „*Realisten*“ betonen die Probleme der nationalen Sicherheit ihres Landes. In der Türkei wird heute jeder Versuch, historische

Verbrechen offen zu diskutieren, als raffinierter Schachzug in einem Gesamtplan zur Aufteilung des Landes verurteilt, der sich gegen die „nationale Sicherheit der Türkei“ richtet. In den Vereinigten Staaten sind die „Realisten“ der Ansicht, dass die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch den Kongress oder der Gebrauch des Begriffs durch den Präsidenten „gegen strategische Interessen Amerikas“ gerichtet sind. Oft kann man die Worte hören: „Die Türkei ist ein enger Freund unseres Landes und wir sollten sie nicht verärgern.“ Oder: „Wir sollten unsere strategischen Interessen im Nahen Osten nicht wegen eines moralischen Problems gefährden, das sich in ferner Vergangenheit ereignet hat. Auf der anderen Seite gibt es die „fundamentalistischen Moralisten“, die die Suprematie der Moral über die politischen Interessen betonen.

Was ich hier herausarbeiten will, ist, dass es einfach falsch ist, „nationale Interessen“ und „Moral“ als unversöhnliche Gegensätze darzustellen. Ich glaube dagegen, dass jede Sicherheitspolitik im Nahen Osten, die Moral ausschließt, letztlich keine „realistische“ Politik sein kann, die funktioniert, und dass damit am Ende die nationale Sicherheit untergraben wird. In der Tat kann man, wenn man die Türkei und den Nahen Osten kennt, leicht entdecken, dass Geschichte und geschichtliche Ungerechtigkeiten nicht nur tote Probleme aus der Vergangenheit sind; die Vergangenheit IST die Gegenwart im Nahen Osten. Daher sind moralische

Fragen sehr real und wichtig für die Realpolitik, um erfolgreich zu sein; moralische Werte müssen in diesem besonderen Augenblick der Anerkennung geschichtlichen Unrechts in eine Politik der nationalen Sicherheit integriert werden.

Es gibt eine starke Verbindung zwischen Sicherheit, Demokratie und der Auseinandersetzung mit Geschichte im Nahen Osten. Sogar ein flüchtiger Blick auf die Region, zum Beispiel die letzten Entwicklungen in Syrien, zeigt uns sehr deutlich, dass historisches Unrecht und das hartnäckige Leugnen dieser Untaten durch den einen oder anderen Staat oder ethnisch-religiöse Gruppen ein bedeutendes Hindernis ist, nicht nur für die Demokratisierung der Region, sondern auch für die Schaffung stabiler Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen. Mein zentrales Argument ist, dass das Versagen, der Geschichte ehrlich ins Auge zu blicken, einer der Hauptgründe für die Unsicherheit und Instabilität in der Region ist.

Die Frage, die ich zu beantworten versuchte, ist, warum die Diskussion über historisches Unrecht, die den Kern der Menschenrechte betrifft, als Bedrohung der türkischen nationalen Sicherheit wahrgenommen wird. Ich denke, wir sollten das Argument der „nationalen Sicherheit“ sehr ernst nehmen und versuchen, die Wurzeln dieser Mentalität zu erforschen und die Gründe aufzuzeigen, warum sie verändert werden muss. Die Einstellung, dass eine offene Diskussion der Geschichte ein Sicherheitsproblem verursacht, stammt aus dem

Auseinanderbrechen des Osmanischen Reichs in Nationalstaaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Aus der späten osmanischen Zeit bis zur Gegenwart hat es eine ständige Spannung gegeben zwischen der Sorge des Staats um sichere Grenzen und dem Bedürfnis der Gesellschaft, mit der Verletzung der Menschenrechte zurechtzukommen. In dieser Geschichte können Sicherheit und territoriale Integrität eines zerbrechenden Reichs und Verletzung von Menschenrechten mit zwei Seiten einer Medaille angesehen werden; die zwei unterschiedlichen Gesichter derselben Münze verursachten die Entstehung von zwei gegensätzlichen Darstellungen der Geschichte.

Bis vor kurzem wurde vor allem die Geschichte der Aufteilung des Landes unter den Großmächten erzählt, die mit dem völligen Zusammenbruch und der Auflösung des Reichs endete. Wenn man die Bücher in der Türkei betrachtet, die diese Geschichte erzählen, findet man nur schwer einen Hinweis auf Massaker und Völkermord während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Stattdessen werden christliche Gemeinden als Aufrührer und Agenten der imperialistischen Großmächte geschildert, die sich ständig gegen den Staat verschwören.

Die andere Geschichte wird im Wesentlichen von jenen ethnischen und religiösen Minoritäten erzählt, die während dieser Zeit verschiedenen Graden von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren. Die Geschichte des 19. Jahrhunderts wird zumeist bezüglich

der Menschenrechte dargestellt und der Intervention der Großmächte zugunsten der Minderheiten. Der Gegensatz beider Positionen ist deutlich erkennbar. Die eine Perspektive stellt die Großmächte als „böse“ dar und kritisiert, dass sie ZU VIEL interveniert haben. Die andere Sichtweise beschreibt die Großmächte als „positiv“ und kritisiert, dass sie nicht genug interveniert haben.

In diesem Licht können türkische Kontroversen über den Blick auf die nationale Geschichte, besonders den Völkermord an den Armeniern, teilweise als die Entwicklung zweier, scheinbar gegensätzlicher historischer Erzählungen verstanden werden. Immer wenn die Befürworter der Anerkennung eine Geschichte von Menschenrechtsverletzungen zur Sprache bringen, werden sie mit der anderen Geschichte konfrontiert, der vom Niedergang und Zusammenbruch des Osmanischen Reichs und aufrührerischen Agenten, die den Prozess beschleunigten.

In der Tat gab es bestimmte Momente in jener Geschichte, wo die nationale Sicherheit und Menschenrechte untrennbar verflochten wurden. Ich würde jetzt gern einen solchen Augenblick näher betrachten, die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zwischen 1918 und 1923. Denn besonders während dieser Zeit, meine ich, verstärkte sich das oben erwähnte nationale Sicherheitskonzept.

Als der Erste Weltkrieg mit der osmanischen Niederlage endete, kämpften die politischen Entscheidungsträger der

Zeit mit zwei verschiedenen, aber verwandten Fragen. Die erste Frage betraf die territoriale Integrität des osmanischen Staats und seine Unabhängigkeit. Sollte es neuen Staaten erlaubt werden, auf dem Gebiet des osmanischen Staats zu entstehen? Und wenn ja, wie sollten die Grenzen dieser neuen Staaten definiert werden?

Die zweite Frage betraf die Gräueltaten während des Kriegs, die von dem herrschenden Komitee für Einheit und Fortschritt an osmanisch-armenischen Bürgern begangen wurden. Was kann man mit den Verbrechen aus Kriegszeiten an den Armeniern und den Tätern anfangen? Wie sollen die Täter bestraft werden? Diese Fragen betrafen zwei verschiedene Gruppen von Problemen, die man nicht getrennt angepackt hatte und die miteinander ziemlich verflochten waren.

Die Fragen bezüglich der territorialen Integrität des Osmanischen Reichs führten zur Bildung zweier unterschiedlicher Standpunkte. Die türkische nationalistische Bewegung unter der Führung von Mustafa Kemal bevorzugte eine kontinuierliche Souveränität innerhalb reduzierter Grenzen, wie durch den Waffenstillstand von Moudros festgelegt. Die Alliierten und ethnisch-religiöse Gruppen wie die Griechen, Armenier und in geringerem Maße die Kurden waren für die Errichtung neuer Staaten auf den besetzten und unbesetzten Gebieten des Osmanischen Reichs. Die nachfolgenden Abkommen von Sèvres 1920 und

Lausanne 1923 reflektierten diese unterschiedlichen Standpunkte.

Als Ergebnis dieses Streits um Gebiete in der frühen Zeit der Republik entstand ein allgemeines Verständnis von Geschichte in der modernen Türkei, das folgendermaßen formuliert werden kann: Wir, die Türken, die sich als legitime Erben des Osmanischen Reichs sehen, verteidigten das einzige, uns verbliebene Gebiet gegen die Armenier, Griechen und in geringerem Ausmaß die Kurden, die mit Unterstützung der Briten, Franzosen und Italiener versuchten, Anatolien in Nationalstaaten zu zerpfücken. Der Vertrag von Sèvres löste die Gebietsfrage zugunsten der nicht-türkischen Nationalitäten. Für die Türken bleibt Sèvres daher ein dunkler Fleck in der Geschichte. Für die übrigen ethnisch-religiösen Gruppen hat Sèvres eine andere Bedeutung. Obgleich er ihre Gebietsforderungen nicht ganz erfüllte, bot der Vertrag eine beispiellose historische Gelegenheit, die territoriale Frage zu ihren Gunsten zu lösen. Umgekehrt bedeutete der Vertrag von Lausanne, der die türkische Vorherrschaft in Anatolien garantierte, einen Meilenstein und eine Bestätigung ihrer kontinuierlichen nationalen Existenz. Inzwischen betrachten die anderen Nationalitäten Lausanne als großes historisches Unrecht.

Dennoch waren die Verträge von Sèvres und Lausanne nicht bloß Zeichen eines Gebietskonflikts. Diese beiden Verträge symbolisieren auch, wie man mit dem Unrecht, das gegen die Armenier und andere Christen begangen

wurde, umgehen sollte. Die zentrale Frage war, wie jene, die die Menschenrechte während des Kriegs verletzt hatten, bestraft werden sollten. Wenn wir uns die Haltung der zeitgenössischen Akteure ansehen, stellen wir fest, dass alle, einschließlich der türkischen Nationalisten, der Meinung waren, dass diese Verbrechen nicht unbestraft bleiben sollten; unsicher war man sich jedoch über das Ausmaß der Bestrafung. Eine Gruppe trat für die Verurteilung und Bestrafung nur der direkten Verbrecher sowie einiger der obersten Führer des Komitees für Einheit und Fortschritt ein. Eine andere Gruppe befürwortete Prozesse für einzelne Täter, wobei sie das Netz so weit wie möglich ausspannte, und die Erschaffung neuer Staaten auf dem Gebiet des osmanischen Staats.

Die Position der Ententemächte war, dass „die Türken“² sozusagen die Massaker an anderen Völkern, besonders den Armeniern, während des Ersten Weltkriegs organisiert haben. Daher war es notwendig, „die Türken“ kollektiv zu bestrafen, um die unterdrückten Völker (Araber sowie Griechen, Armenier etc.) vor türkischer Vorherrschaft zu bewahren. Die Bestrafung „der Türken“ sollte in zwei Phasen durchgeführt werden. Zuerst sollten die Mitglieder der osmanischen Regierung und andere Beamte wegen der Verbrechen an den religiösen und ethnischen Gemeinden vor Gericht gestellt werden. Zum zweiten sollten „die Türken fortan einen Staat bewohnen,

² Ich verwende den Begriff „Türken“ mit Anführungszeichen. Obwohl der Begriff in den Diskussionen der Zeit benutzt wurde, ist es klar, dass es nicht nur falsch ist, allgemeine Begriffe wie diesen zu benutzen, sondern auch aus der Sicht der Geschichtsschreibung inkorrekt.

der so klein und schwach wie möglich war. Ein Telegramm, das der stellvertretende Hochkommissar in Istanbul, Webb, an die Pariser Friedenskonferenz sandte, veranschaulicht diese Politik:

„Um all diese Personen, die die Gräuel an den Armeniern begangen haben, zu bestrafen, ist es notwendig, die Türken kollektiv zu bestrafen. Daher schlage ich vor, dass die Strafe auf nationaler Ebene durch die Aufteilung des letzten türkischen Reichs erfolgt und auf persönlicher Ebene durch eine Verurteilung jener hohen Politiker auf der Liste in meinem Besitz, und zwar in einer Art und Weise, die ihren Nachfolgern als Beispiel dient.³

Kurz gesagt, die Alliierten spannten das Netz so weit wie möglich und befürworteten die Prozesse einzelner Täter und die Zerstückelung des osmanischen Staats in neue Staaten, die auf seinem Territorium geschaffen werden sollten.

Wie war die „türkische“ Position bezüglich der Bestrafung der Verbrecher? Erinnern wir uns, dass die Nachkriegstürkei von zwei politischen Zentren regiert wurde: Istanbul, dem Sitz der osmanischen Regierung, und Ankara, dem Hauptquartier der türkischen nationalistischen Bewegung unter Führung von Mustafa Kemal. Beide Regierungen, die in Istanbul und Ankara, räumten die Massaker an den Armeniern ein, stimmten den Alliierten zu, dass die Täter angeklagt werden sollten und sahen die Prozesse als „gerecht und notwendig“ an.

³ FO 371/417353351, Seite 192-3.

Allerdings widersetzten sich Ankara und Istanbul entschieden der strafenden Aufteilung Anatoliens.

Diese Frage stand im Mittelpunkt, als sich beide Regierungen im Oktober 1919 trafen, um zur Wahl eines osmanischen Parlaments in Übereinstimmung mit der Verfassung aufzurufen. Sie unterschrieben fünf Protokolle, die den Vorgang der bevorstehenden Wahlen regeln sollten. Das erste und das dritte Protokoll bezogen sich direkt auf das kommende Thema. Die Artikel eins und vier des ersten Protokolls stellten fest: „1. Ittihadismus (Partei für Einheit und Fortschritt) [die den Völkermord an den Armeniern organisierte] oder jeder Hinweis auf sein erneutes Erwachen ist politisch sehr schädlich ... 4. Es ist von juristischer und politischer Bedeutung, diejenigen zu bestrafen, die Verbrechen in Zusammenhang mit der Deportation begangen haben.“

Im dritten Protokoll einigten sich beide Parteien, dass die flüchtigen Mitglieder der „Ittihat“, die in Verbindung mit Verbrechen in Kriegszeiten gesucht werden, an den Wahlen nicht teilnehmen sollten. Das Protokoll beschrieb die Gräueltaten als „die bösen Taten“ der Partei für Einheit und Fortschritt. Die Täter wurden als Personen bezeichnet, „die von den verruchten Akten der Deportationen und Massaker besudelt worden sind“.

Der Gründer der Türkei, Mustafa Kemal, nannte die Grausamkeiten in einer Ansprache an das Parlament „eine schändliche Tat“. Und denken wir daran, dass Mustafa Kemal kein Kämpfer für Menschenrechte oder ein Altruist war, sondern ein nationalistischer Politiker.

Der eigentliche Grund, die Bestrafung der Verbrechen aus Kriegszeiten zu fordern, waren die Erwartungen an die laufende Pariser Friedenskonferenz. Britische und französische Politiker ergriffen jede Gelegenheit, die „Türken“ zu erinnern, dass man unbedingt gegen diejenigen, die die Verbrechen in Kriegszeiten verübt hatten, vorgehen musste, wenn man ein positives Ergebnis der Pariser Friedensgespräche erwartete. Somit glaubten die Regierungen in Ankara und Istanbul, dass die Prozesse wegen der Verbrechen in Kriegszeiten der Preis für die Erhaltung der nationalen Souveränität waren. In einem Memorandum, das Mustafa Kemal im September 1919 an die Regierung in Istanbul schrieb, wurde dieser Punkt besonders deutlich herausgestellt: „Die Bestrafung der Täter“, schrieb er, „sollte nicht nur auf den Papier bleiben ..., sondern ausgeführt werden, da das die fremden Elemente erfolgreich beeindrucken würde.“ Im Austausch für dieses Entgegenkommen erwartete die türkische Führung ein günstigeres Friedensabkommen ohne Gebietsverluste.

Diese Strategie misslang. Im April 1920 wurden die Bestimmungen des Sèvres-Abkommens bekannt. Es wurde vorgeschlagen, „die Türken“ für die Verbrechen während des Kriegs durch Aufteilung des Osmanischen Reichs zu bestrafen. In demselben Monat begann das Istanbuler Kriegsgericht, das im November 1918 eingerichtet worden war und die Verbrechen an den Armeniern zu sühnen hatte, nun unter Druck der Alliierten fast die gesamte türkische nationale Führung,

vor allem auch Mustafa Kemal, anzuklagen. Das Verbrechen, das sie begangen hatten, war, sich der Aufteilung Anatoliens zu widersetzen. Mustafa Kemal und einhundert Nationalisten wurden *in absentia* zum Tode verurteilt.

Als die türkischen Nationalisten erkannten, dass ihre Unterstützung der Bestrafung der Verbrecher aus Kriegszeiten die Aufteilung Anatoliens nicht verhindern und tatsächlich zu ihrer eigenen Verfolgung und Bestrafung führen würde, änderte sich ihre Haltung.

Wie Mustafa Kemal am 20. August nach Istanbul schrieb: „[die]osmanische Regierung ... fährt fort, die Kinder des Vaterlands mit Beschuldigungen festzunageln, Deportationen und Massaker [begangen zu haben], die jetzt vollkommen sinnlos wurden.“⁴ Was Kemal meinte, war, dass die Politik, womit die osmanische Regierung Türken für das bestrafte, was sie christlichen Minoritäten angetan hatten, nur dann Sinn machen würde, wenn die Türkei einige positive Ergebnisse erhalte, in Form eines besseren Vertrags, der die osmanischen Gebiete absicherte. Allerdings war Sèvres unterschrieben, die osmanische Souveränität nicht anerkannt, und osmanischen Gebiete waren unter verschiedenen Nationen verteilt. Daher beschloss Kemal, dass diese „sinnlosen“ Todesurteile aufgehoben werden sollten.

Wir können davon ausgehen, dass wir heute über eine ganz andere Geschichte sprechen würden, wenn die

⁴ Bilal Şimşir, *Malta Sürgünderi* (Ankara 1985), S. 334. Der Brief war an den ersten Großwesir der Waffenstillstandsperiode geschrieben, Ahmet İzzet Paşa, mit dem Ziel, dass sein Inhalt dem britischen Hochkommissar bekannt wird.

westlichen Mächte zugestimmt hätten, die territoriale Integrität im Austausch gegen Prozesse aufgrund von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu bewahren.

Heute kann man sagen, dass das Kriegsgericht in Istanbul ein Symbol von diesen zwei verflochtenen, aber verschiedenen Elementen türkischer Geschichte ist: „Gebiet und Grenzen“ oder anders ausgedrückt „nationale Sicherheit“ auf der einen Seite und „Menschenrechte“ oder „Blick auf die Geschichte und historisches Unrecht“ auf der anderen Seite. Tatsache ist, dass die Aufteilung eines Staates als Form der Bestrafung für während des Kriegs begangene Untaten und die Bestrafung seiner nationalistischen Führer für ihr Streben nach territorialer Integrität ihres Staates die Denkweise in der heutigen Türkei geschaffen hat, die jeden Hinweis auf Verbrechen in der Vergangenheit als ein Problem der nationalen Sicherheit ansieht.

Ein Produkt dieser Denkweise ist daher die Überzeugung, dass Demokratisierung, Gedanken- und Redefreiheit, offene Diskussion über die Geschichte und Anerkennung der eigenen historischen Untaten eine Bedrohung der nationalen Sicherheit sind. Diejenigen, die die Gesellschaft auffordern, sich an einer ehrlichen Erforschung der Vergangenheit zu beteiligen, werden als „Verräter“ bezeichnet, zum Ziel von Schmutzkampagnen und nach dem Artikel 301 des türkischen Strafrechts wegen „Beleidigung des Türkentums“ vor Gericht gezerrt und verurteilt. Diese Denkart ist es, die hinter dem Mord an Hrant Dink stand.

Wenn man auf die türkische Geschichte aus diesem Blickwinkel zurückschaut, entdeckt man vier bedeutende neue Perspektiven. Zuerst ist die Verurteilung der Massaker an den Armeniern durch Mustafa Kemal der derzeitigen offiziellen türkischen Politik der Verleugnung genau entgegengesetzt. Kemals Position könnte trotz ihrer Mängel ein Ausgangspunkt für die türkische Regierung sein. Die türkische Regierung ist gut beraten, ein wahrhaft demokratisches Mitglied der Gemeinschaft der Nationen zu werden und den Fußstapfen ihrer Gründungsväter zu folgen und sich diesem „dunklen Kapitel“ ihrer Geschichte zu stellen, dieser „schändlichen Tat“, wie Mustafa Kemal den Genozid an den Armeniern genannt hat.

Zweitens ist das türkisch-armenische Problem bis heute innerhalb des alten Paradigmas betrachtet worden, das diese Konflikte hervorrief, nämlich des Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs und des Streits verschiedener ethnischer oder nationaler Gruppen über Gebiete und Grenzen. Wir müssen dieses Verständnis ändern. Was wir brauchen, ist ein neues Paradigma, das uns ermöglicht, den armenisch-türkischen Konflikt zu überdenken. Wir müssen den armenisch-türkischen Konflikt innerhalb des neuen Paradigmas der Übergangsgerechtigkeit (transitional justice) betrachten, das heißt als Teil des Bemühens um Demokratisierung innerhalb existierender Nationalstaaten in der Region. Der Konflikt sollte nicht als Streit um Gebiete betrachtet werden, sondern eher als Problem der Menschenrechte und des historischen

Unrechts, das verarbeitet werden muss, um nicht nur eine gerechte und demokratische Gesellschaft zu errichten, sondern auch stabile Beziehungen in der Region auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und Verstehens.

Zum dritten muss der Begriff der türkischen nationalen Sicherheit überprüft und verändert werden. Der Hauptfehler dieses Konzepts ist anzunehmen, dass die Förderung grundlegender demokratischer Rechte wie die Gleichheit vor dem Gesetz, soziale Reformen und Redefreiheit eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt. In der Vergangenheit war die Entstehung der sogenannten „armenischen Frage“ das Resultat armenischer Forderungen nach Gleichheit und sozialen Reformen, die wohl zu einer besseren osmanischen Gesellschaft geführt hätten. Ihre Forderungen und die Armenier selbst wurden als Sicherheitsbedrohung betrachtet, was zu den Massakern und Deportationen führte. Heute wird die Forderung nach einer ehrlichen Darstellung der Geschichte genauso behandelt: als ein Sicherheitsproblem.

Was für eine Ironie, dass die Kriminalisierung historischer Nachfragen aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht nur ein großes Hindernis auf dem Weg zur Demokratie, sondern auch kontraproduktiv ist und direkt zu wirklichen Sicherheitsproblemen für das Land führt. Diese „selbsterfüllende Prophezeiung“ wird nicht nur an dem Völkermord an den Armeniern der Vergangenheit deutlich, sondern auch an dem kurdischen Problem von heute. Genauso wie die Armenier und ihre

sozialen und politischen Forderungen nach einer gerechteren Gesellschaft in der Vergangenheit als Bedrohung betrachtet wurden, wird eine demokratische Zukunft für die Kurden heute als Sicherheitsbedrohung angesehen. Also hat man das alte und, wie ich sagen würde, heute unsinnige Sicherheitskonzept wieder belebt und die kurdischen Forderungen im Kern zu einem Sicherheitsproblem für die Nation erklärt, anstatt die kurdischen Probleme in einer Weise zu lösen, die zu einer demokratischeren Gesellschaft führen würde.

Solange die Türkei moralische Prinzipien (eines davon ist der ehrliche Blick auf die Geschichte) und nationale Sicherheit als zwei gegensätzliche, einander ausschließende Pole, betrachtet und sich weigert, aus Gründen der nationalen Sicherheit mit der Vergangenheit zurecht zu kommen – ja in der Tat, solange die nationale Sicherheit der Türkei im Gegensatz zu einer ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte definiert wird, werden daraus weitere Probleme entstehen.

Viertens gibt es einen Sicherheitsaspekt des Problems, der auch den Nahen Osten betrifft: Wie die letzten Entwicklungen in der Region sehr deutlich zeigen, ist es nicht nur das undemokratische und autoritäre Regime in Syrien, das letzten Endes mehr Sicherheitsprobleme schafft, als es löst, sondern auch seine Unfähigkeit, die historischen Ungerechtigkeiten anzusprechen, was weitere Unsicherheit und Konflikte erzeugt.

Die enge Verbindung zwischen Sicherheit, Demokratie und der Aufarbeitung der Geschichte kann ein flüchtiger

Blick auf den Nahen Osten verdeutlichen. Heute sind Ungerechtigkeiten in der Vergangenheit und das hartnäckige Leugnen dieses Unrechts durch den einen oder anderen Staat nicht nur für die Demokratisierung der Region hinderlich, sondern auch für die Errichtung stabiler Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen und den Staaten. Anders formuliert: Die verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppen sehen sich immer noch durch die Brille der Vergangenheit an. Sie erkennen in dem anderen den Täter der Vergangenheit. Die ganze Region ist irgendwie traumatisiert, weil das historische Unrecht von jenen, die es begangen haben, nicht angesprochen wird.

Aus diesem Grunde erzeugt das andauernde Leugnen dieser historischen Verbrechen als Teil der eigenen Sicherheitspolitik Unsicherheit gegenüber dem anderen. Çünkü bu inkar, ötekinin gözündü, yeniden yapabile potansiyeli anlama gelecektir. Das ist es, was ich das Sicherheitsdilemma nenne: Was man auch tut, um die eigene Sicherheit zu erhöhen, erzeugt eine Reaktion, die einen am Ende sogar weniger sicher machen kann. Daher ist jedes Sicherheitskonzept, jede Realpolitik in und für die Region, die die Aufarbeitung historischen Unrechts nicht berücksichtigt oder vergisst, am Ende zum Scheitern verurteilt.

Mein Hauptargument ist, dass es einer der wesentlichen Gründe für Unsicherheit und Instabilität in der Region ist, wenn man sich der Geschichte nicht ehrlich stellt. Man kann kein Problem im Nahen Osten lösen, ohne die

historischen Untaten anzusprechen. Die stärkste (özlenen aranan?) Sicherheit kann nur durch Vertrauen erreicht werden. Vertrauen gewinnt man nur dann, wenn man Verbrechen der Vergangenheit offen bekennt.

Ich denke, dass die USA und besonders Deutschland und die Europäische Union ihre Politik gegenüber der Anerkennung des Völkermords an den Armeniern und des Sicherheitskonzepts der Türkei ändern sollten. Das französische Konzept „Bon pour l’Orient!“, übersetzt als „Es ist gut genug für den Osten“, kann diese falsche Auffassung im Westen am besten wiedergeben. Während des 19. Jahrhunderts legitimierte diese Vorstellung den französischen Kolonialismus und bot eine Rechtfertigung für die erniedrigende Behandlung der Kolonisierten und der dort begangenen Handlungen. Die USA und Europa müssen sich von dieser herablassenden Haltung befreien. Was gut für die USA und Europa ist, sollte ebenfalls für die Türkei gelten.

Die Türkei leugnet den Völkermord an den Armeniern nach wie vor; türkische Schulbücher sind immer noch voller diskriminierender und rassistischer Sprache gegen Armenier. Die Türkei ist sogar so weit gegangen, einen Koordinierungsausschuss unter den verschiedenen Ministerien zu begründen, um den Kampf gegen die „so genannten armenischen Völkermordlügen“ zu koordinieren. Der schändliche Artikel 301, der als Waffe im Mord an Hrant Dink und gegen Intellektuelle benutzt wurde, ist immer noch gültig. (Ve şu anda kullanılmıyor

olmakla birlikte, her an yeniden uygulamaya sokulacak şekilde uykuya yatmış beklemekte ...)

Die westlichen Regierungen sollten erkennen, dass jedes Argument hier im Westen, das die offizielle Anerkennung des Völkermords an den Armeniern aufgrund nationaler Interessen zurückweist, diese Politik in der Türkei unterstützt und diejenigen, die Intellektuelle verfolgen, weil sie gegen diese inhumane, rassistische Denkweise auftreten.

Ich hoffe sehr, dass die jüngsten Ereignisse in Ägypten und Syrien den Westen überzeugt haben, wie falsch es ist zu denken, dass man im Nahen Osten Sicherheit schaffen kann, wenn man die Feinde der Demokratie unterstützt.

Ich glaube, dass wir in eine neue Ära eintreten werden, wo Moral und Realpolitik nicht mehr als einander ausschließende Prinzipien betrachtet werden, sondern Moral ein untrennbarer Bestandteil der Sicherheitspolitik ist. Aus diesem Grund müssen die westlichen Mächte den Völkermord an den Armeniern offiziell anerkennen, nicht nur für die Armenier, sondern auch für die Türken und die nationalen Sicherheitsinteressen des Westens. Danke, dass Sie mir zugehört haben ...